





# "Dein Job – deine Zukunft: REDE MIT!"

Endbericht zum Strukturierten Dialog in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens zur Jugendbeschäftigung

2010 - 2011





Noch vor einigen Jahren galt in der europäischen Jugendpolitik die Aussage eines belgischen Beamten: "Der Strukturierte Dialog ist wie das Monster von Loch Ness: Jeder spricht drüber aber niemand hat es je gesehen".

Dies hat sich im November 2009 geändert. Der EU-Ministerrat verabschiedete eine neue Jugendstrategie, welche als wichtigste Neuerung dem Strukturierten Dialog mehr Platz einräumte. Fortan sollen in je 18-monatigen Zyklen einzelne jugendpolitische Themenfelder unter Beteiligung junger Menschen erörtert werden. Spanien, Belgien und Ungarn einigten sich für den ersten Zyklus auf das Thema Jugendbeschäftigung.

Drei Konsultationsrunden wurden in allen Mitgliedsstaaten der EU durchgeführt. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens arbeiteten der Rat der deutschsprachigen Jugend, das Jugendbüro in seiner Funktion als Nationalagentur des Programms "Jugend in Aktion" sowie das Ministerium für die Durchführung des Strukturierten Dialoges zusammen. So erhielten Jugendliche der DG die Möglichkeit, an allen drei Phasen teilzunehmen. Im März 2010 traf man sich im Parlament der DG, um gemeinsam Probleme im Bereich der Jugendbeschäftigung zu definieren. Zwischen Juni und September wurden Jugendorganisationen, Jungparteien und die Junggewerkschaften gebeten, erste Lösungsansätze zu erörtern. Im Januar 2011 sollten schließlich zu diesen Empfehlungen konkrete Maßnahmen formuliert werden.

Der vorliegende Bericht ist der Endbericht des gesamten Konsultationszyklus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und spiegelt die Meinungen und Vorschläge der Jugendlichen wieder.

Auf diesem Wege bedanken wir uns bei allen Jugendlichen für ihre Teilnahme, ihre kreativen Ideen und ihren Enthusiasmus. Auch möchten wir den Experten für ihre Offenheit und die rege Teilnahme an den Diskussionen unseren Dank aussprechen. Gemeinsam mit den Jugendlichen haben sie Wege aufgezeigt, welche die Möglichkeiten und die Beschäftigungssituation junger Menschen verbessern können. Dieser direkte Dialog zwischen den Jugendlichen und den Entscheidungsträgern aller politischen und gesellschaftlichen Instanzen war für uns eine positive Erfahrung und sollte generell fortgesetzt werden.

Wir hoffen, dass die vorgeschlagenen Lösungsansätze von den Entscheidungsträgern auf allen politischen Ebenen aufgegriffen werden. Im Hinblick auf eine verbesserte Beschäftigungssituation für Jugendliche wünschen wir, dass ein Schritt auf Jugendliche zugegangen wird und dass diese Vorschläge eine Grundlage für gemeinsame Projekte bieten werden.

## Es sollten Lehrpläne erstellt werden, die kreatives Denken und unternehmerische Fähigkeiten bei jungen Menschen fördern.

- ★ Das Fach Gesellschaftskunde muss an den Schulen einen eigenen Raum erhalten.
  - ★ Bürgerkunde soll auch Themenbereiche wie die Berufsvorbereitung und die Förderung des kreativen Denkens beinhalten.
- ★ Politische Bildung muss gefördert werden. Den Gefahren des fachübergreifenden Bürgerkundeunterrichts muss entgegengewirkt werden: Wer ist verantwortlich? Wer koordiniert? Können Zusammenhänge für Schüler deutlich gemacht werden?
  - ★ Möglichkeiten für Schnuppertage in Unternehmen oder im Einzelhandel sollten als Pflichtübung in den Unterricht integriert werden. Die Jugendlichen sollten als Einzelperson agieren, um so ihre Eigeninitiative zu fördern.





## In allen Ausbildungsphasen sollten karriereorientiertes Training und Beratung angeboten werden, um junge Menschen auf die Arbeitssuche sowohl als ArbeitnehmerIn als auch als UnternehmerIn vorzubereiten.

- ★ EU-Programme sollten eine konkrete Förderung von Mini-Unternehmen und Boys'-/Girls' Days (Schnuppertage in typischen Berufen des anderen Geschlechts) in Schulen ermöglichen. So sollen sowohl im Bereich der Berufsinformation als auch bei der Anzahl Bewerber Fortschritte erzielt werden.
  - ★ Schulbesuche in Unternehmen und sozialen Einrichtungen sollten gefördert werden.
- \* Studien- und Berufsberatung muss gebündelt und umfassend angeboten und vermittelt werden. Schulen müssen den Jugendlichen Ansprechpartner zur Verfügung stellen, die den Jugendlichen an die entsprechenden Stellen verweisen können.



★ Im Sinne des Bolognaprozesses sollte die EU eine Datenbank einrichten, welche einen Überblick über die verschiedenen Studienmöglichkeiten an allen Hochschulen Europas vermittelt. Diese muss aber für die Jugendlichen leicht zugänglich sein.



## Junge Menschen, die nach Abschluss ihrer Ausbildung Praktika absolvieren, sollten eine finanzielle Grundsicherung (für z. B. sechs Monate) erhalten.

- ★ Praktika nach der eigentlichen beruflichen oder akademischen Ausbildung sind oftmals nötig, um die von den meisten Arbeitgebern geforderte Erfahrung zu sammeln und um die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.
  - ★ Während des Praktikums sollte die Wartezeit auf Arbeitslosenunterstützung nicht unterbrochen werden. Ansonsten wird diese Wartezeit unnötig verlängert und die finanzielle Unsicherheit der Jugendlichen verstärkt.
- ★ Jugendliche sollten Anrecht auf 2x sechs Monate Praktikum haben, ohne dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen zu müssen.
  - ★ Eine Aufwandsentschädigung (Kindergeld, Arbeitslosengeld,...) muss allen Praktikanten gezahlt werden. Dies darf aber nicht dazu führen, dass Jugendliche keine Chance auf eine feste Anstellung haben und Betriebe Arbeitsstellen durch einander folgende Praktikanten ersetzt werden.







Es sollten Lehrpläne entworfen werden, welche die Selbstentfaltung junger Menschen ermöglichen und ihnen zukunftsweisendes Wissen und wichtige Fähigkeiten vermitteln, die sie sich unter anderem durch praktische Erfahrungen in verschiedenen Bereichen aneignen.

- ★ Die Selbstreflexion, die Förderung der Gruppendynamik und des Gruppenverhaltens haben Einfluss auf die Selbstfindung.
  - ★ In der DG sollte eine diesen Prozess unterstützende Fachkraft eingestellt werden.
- ★ Besinnungstage sollten effektiv zur Identitätsfindung junger Menschen beitragen.
  - ★ Berufsinformation sollte immer im Abitur, vor dem Ausbildungsbeginn sowie gegebenenfalls vor der letzten Fachwahl stattfinden.
- ★ Berufsinfoabende und entsprechende Projekte an allen Schulen sollten eingeführt werden (cfr. Pro Juventute, Dream Day, etc.)



- ★ Psychisch-Medizinisch-Soziale Zentren sollten in den letzten Wochen vor und ersten Wochen nach der Ausbildungswahl und dem Ausbildungsstart die Jugendlichen proaktiv kontaktieren und eine (auch psychologische) Beratung anbieten.
- ★ Unmittelbare Beratung bei Nichtversetzung und Verpflichtung zur Umorientierung (auch bei Nachprüfungen) ist notwendig.
- ★ Lehrer sind für Schüler auch immer Ansprechpartner. Sie sollten durch außerschulische Fachkräfte (z.B. JIZ, JB, ...) zu Austauschmöglichkeiten oder ähnliche Entfaltungsmöglichkeiten (Jugend in Aktion, Au Pair, Sprachaustausch, ...) informiert werden.

Vor allem staatliche Einrichtungen sollten
Arbeitsplätze und Praktika für
benachteiligte Jugendliche anbieten, um Diskriminierung
zu bekämpfen. Benachteiligte Jugendliche
sollten in ihren individuellen Rechten gestärkt
werden, damit sie sich gegen Diskriminierung
besser zur Wehr setzen können.

- ★ Staatliche Einrichtungen sollten eine bestimmte Anzahl Praktikumsstellen schaffen, um auch Jugendlichen mit erhöhtem Förderbedarf zusätzliche Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu bieten.
  - ★ Um die Chancengleichheit zu erhöhen, sollten Praktikumsstellen und Ausbildungsstellen in gewissem Maße benachteiligten Jugendlichen offen stehen.
- ★ Informationskampagnen zum Thema Rechtsschutz und den Rechten von Jugendlichen sollten gezielt durchgeführt werden.
  - ★ Praktische Unterstützung und Begleitung sollte vorgesehen werden, sodass sich Jugendliche für ihre Rechte einsetzen können (Terminbegleitung).
- ★ Die verschiedenen Dienste, welche sich um die benachteiligten Jugendlichen kümmern, sollten stärker miteinander vernetzt werden.





Die Politik muss die Voraussetzungen schaffen, damit Jugendliche den sozialen Dialog, öffentliche Debatten und die Ergebnisse von Politik beeinflussen können.

In Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sollten deshalb das Weltbürgertum und die aktive Beteiligung an demokratischen Schüler- und Studierendenvertretungen gefördert werden.

- ★ Scheinpartizipation muss vorgebeugt werden. Die Beteiligung junger Menschen muss auf allen Ebenen gefördert und umgesetzt werden.
  - ★ Eigenverantwortung muss ermöglicht werden. Um sich selbst entfalten zu können, brauchen Jugendliche flexible Rahmenbedingungen und Unterstützung zur Gestaltung ihres Ehrenamtes.
- ★ Die Kreativität von Jugendlichen sollte durch konkrete Projekte in Schulen gefördert werden.
  - ★ Experten von außen sollten in den Unterricht einbezogen werden, um den Schülern realitäts- und praxisnahe Eindrücke zu vermitteln.



Kinderbetreuungsangebote sollten in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen und auf die Bedürfnisse der Kinder und der Eltern zugeschnitten werden (z.B. Kinderbetreuung am Arbeits- oder Studienplatz, Anpassung der Betreuungsangebote an die Arbeitszeiten der Eltern).

- ★ Bedarf an Betreuungsplätzen kann auf zwei Ebenen gedeckt werden:
  - die öffentliche Hand kann Plätze in Krippen und bei Tagesmüttern einrichten.
  - die Privatwirtschaft (allein oder durch die Zusammenarbeit mehrerer Unternehmen und/oder V.o.G.'s)
     bietet diese Betreuungsangebote an und wird von der öffentlichen Hand bezuschusst.
  - ★ Der Beruf der Kinderbetreuerin muss aufgewertet werden, da er wichtig für die Entwicklung des Kindes ist.
- ★ Die Ausbildung der KinderbetreuerInnen sollte der späteren Verantwortung gerecht werden.
  - ★ Mehr Flexibilität in den Betreuungszeiten sollte gewährleistet werden, um so beiden Elternteilen eine Vollzeitstelle ermöglichen zu können.





Jugendarbeit sollte junge Menschen befähigen, ihre Kompetenzen zu formulieren, und ihnen zeigen, wie sie diese Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt einsetzen können.

- ★ Workshops und Konzepte sollten ausgearbeitet werden, und z.B. in den Jugendzentren stattfinden, um Jugendliche (in Gruppen) "spielerisch" an dieses Thema heranzuführen.
  - ★ Die Zusammenarbeit zwischen dem Arbeitsamt und den Jugendeinrichtungen sollte gestärkt werden.
- ★ Arbeitsämter sollten einen kompetenten und pädagogischen Ansprechpartner für Jugendliche bereitstellen, z. B. in Form eines Jugendarbeiters.
  - ★ Das Selbstwertgefühl der Jugendlichen sollte gesteigert werden, um somit ressourcenorientiert arbeiten zu können.



Der Strukturierte Dialog - wichtiger Bestandteil der EU-Jugendstrategie – stellt auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft ein bedeutendes Instrument dar. Relevant für unsere Gemeinschaft ist der Begriff "Dialog": der Dialog mit Jugendlichen, der Dialog zwischen verschiedenen Institutionen auf DG-Ebene, darüber hinaus aber auch ein Dialog auf nationaler und europäischer Ebene. Wichtig ist, dass man auf diesem Wege die Möglichkeit erhält, auf die spezifischen Probleme in der Deutschsprachigen Gemeinschaft innerhalb des Themas "Jugendbeschäftigung" aufmerksam zu machen und einzugehen. Dieser erste partizipative Prozess auf gemeinschaftlicher Ebene erlaubt es, zu einem konkreten Thema Lösungsansätze, in einem europaweit vergleichbaren Rahmen, auszuarbeiten. Eine zentrale Rolle in diesem Prozess spielt das beispielhafte ehrenamtliche Engagement

Isabelle Weykmans, Ministerin für Kultur, Jugend, Tourismus

der organisierten und nichtorganisierten Jugend-

Sehr gerne werde ich als Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung, wesentliche Empfehlungen des RdJ im Rahmen des Strukturierten Dialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Jugendbeschäftigung aufgreifen.

Konkret zu den Empfehlungen: Die Umsetzung des neuen Rahmenplans zur schulischen Berufswahlvorbereitung und Berufsorientierung, die Intensivierung von Unternehmenskontakten und Praktika für Schüler und Auszubildende, die Aufwertung und Vernetzung der Arbeit der PMS-Zentren, des Arbeitsamtes und der sozialen Dienste für Jugendliche, die gezielte Förderung benachteiligter Jugendlicher durch Berufsvorbereitungsprojekte in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft, der Sozialökonomie und öffentlichen Arbeitgebern in der DG, sowie die Förderung sowohl der Selbstentfaltung der Jugendlichen in unserer offenen Gesellschaft als auch des sozialen und politischen Dialogs zwischen den Generationen sind prioritäre Ziele meiner Regierungsarbeit.

Oliver Paasch Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung



lichen









Verantwortlicher Herausgeber:

### Rat der deutschsprachigen Jugend

Hütte 79/16 \* 4700 Eupen \* Belgien

Tel.: +32 (0)87/56 09 79 Fax.: +32 (0)87/56 09 44

Email: rdj@rdj.be \* Web: www.rdj.be

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser, die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

Layout: Andrea Lennartz, info@alennartz.de







